



Blaue Post

ZEITUNG DER AFD-FRAKTION SACHSEN

Wir können und wollen regieren

S. 4/5



ASYLHEIME

überall? S. 2



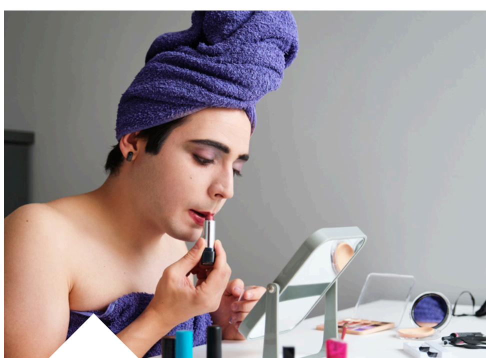
AUSREISEPFLICHTIGE

Kriminelle dürfen bleiben? S. 3



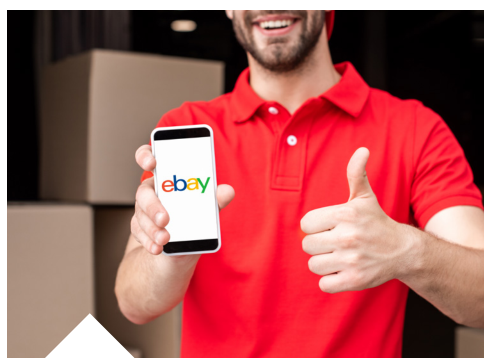
KUNSTWERKE

vor Klimaklebern schützen! S. 6



TRANSSEXUALITÄT

an Schulen bewerben? S. 7



MIESE ABZOCKE

bei Privatverkäufen S. 9



AFD-FRAKTION

besucht FPÖ in Graz S. 10/11

KEINE HALBEN SACHEN MEHR BEI DER ABSCHIEBUNG!

721 Abschiebungsversuche des Freistaates Sachsen sind im zweiten Halbjahr 2022 gescheitert. Das ergaben Anfragen des innenpolitischen Sprechers der sächsischen AfD-Fraktion, Sebastian Wippel (Drs. 7/12076 und 11105). Zum Vergleich: Nur 256-mal gelang die Abschiebung. Das sind magere 26 Prozent.

Zugleich zeigt eine weitere Anfrage von Sebastian Wippel (Drs. 7/12392): Nur 94 der 15.681 Ausreisepflichtigen aus Sachsen kamen in Abschiebungshaft bzw. den Ausreisegewahrsam. Das ist eine Quote von 0,6 Prozent.

„Im Jahr 2014 wurden in Sachsen noch rund 25 Prozent der Ausreisepflichtigen (1.037 von 4.132) auch tatsächlich abgeschoben“, erklärt Sebastian Wippel. „Inzwischen liegen wir bei katastrophalen drei Prozent. Das CDU-geführte Innenministerium hat also nahezu sämtliche Abschiebebemühungen eingestellt, die es vor ein paar Jahren noch ansatzweise gab.“

In Großbritannien wurde währenddessen gerade ein „Illegal Immigration Bill“ vorgestellt. Das Ziel des Gesetzes: Keine halben Sachen mehr. Jeder, der illegal kommt, müsse sofort wieder abgeschoben werden.

Die Illegalen sollen zu diesem Zweck in Zukunft 28 Tage festgehalten werden. Entweder gelingt es dann, sie in ihre Heimat abzuschieben oder sie werden nach Ruanda bzw. in ein anderes sicheres Land, das kooperiert, gebracht.



BÜRGER IN SORGE:
ÜBERALL NEUE ASYLHEIME?

Die Wut und Empörung der ca. 300 anwesenden Bürger des Ortsteils Strelln der Gemeinde Mockrehna brach sich bei der Einwohnerversammlung vom 31. Januar Bahn. Der Landkreis Nordsachsen will auf dem Bundeswehr-Gelände eines ehemaligen Munitionsdepots in Strelln eine Unterkunft für rund 100 junge, männliche Asylanten aus Syrien und Afghanistan einrichten – ohne jedwede infrastrukturelle Anbindung.

Besonders beängstigend für die Strellner Mütter: Am Gelände führt auch der Weg zur Grundschule vorbei! Inzwischen hat die Bürgerinitiative Strelln bis zu 2.000 Unterschriften, auch im Umland, gegen die Asyl-Container gesammelt. Die AfD-Landtagsabgeordnete Gudrun Petzold, selbst Strellnerin, kämpft an der Seite der Bürger gegen die verantwortungslose Unterbringung auf dem Bundeswehr-Gelände.



Frau Petzold rief in einem Offenen Brief den Bundeskanzler, den Ministerpräsidenten und den nordsächsischen Landrat zur Verhinderung dieser Misere auf!

Das Engagement der Strellner trifft auf die Hilflosigkeit, gepaart mit fehlendem Einsatz und mangelnder Verständnisbereitschaft der kommunalen Verantwortungsträger für die Nöte ihrer eigenen Bürger.

Auch in anderen sächsischen Kommunen wie Eilenburg, Laußig, Kriebethal, Dresden-Sporbitz und Chemnitz-Einsiedel sorgen neue Asylheime derzeit für viel Empörung bei den Bürgern. Die AfD-Fraktion Sachsen steht auch hier wie in Strelln an der Seite der Einheimischen und unterstützt den friedlichen Protest vor Ort!

1.127 ASYL-INTENSIVTÄTER IN SACHSEN

In Sachsen werden aktuell 1.127 Asyl-Intensivtäter verköstigt und mit Bargeld alimentiert. Die meisten kommen aus Syrien, Tunesien und Libyen.

Von diesen Kriminellen befinden sich gerade einmal 249 in Haft. Zudem wurden innerhalb des letzten Jahres nur 41 der Verbrecher abgeschoben. Das ergab die Anfrage des AfD-Abgeordneten Sebastian Wippel (7/12082).



Flüchtlings-
kriminalität

WARUM DÜRFEN AUSREISEPFLICHTIGE KRIMINELLE BLEIBEN?

Mit einer Serie von Kleinen Anfragen hat der AfD-Abgeordnete Hans-Jürgen Zickler die Ausländerkriminalität in Sachsen ausgeleuchtet. Er konnte so enthüllen, dass viele der Tatverdächtigen ausreisepflichtig sind. Das betrifft unter anderem einen 48-jährigen Algerier, gegen den wegen des Verdachts des Diebstahls ermittelt wird. Er hält sich seit 1992 in Deutschland auf und ist „vollziehbar ausreisepflichtig“. Die Abschiebung wurde jedoch ausgesetzt. Der Algerienkrieg endete übrigens bereits 1962. Wir fragen uns: Warum wird dieser Mann nicht in Abschiebehaft genommen und in seine Heimat zurückgebracht?

Ebenso stellt sich diese Frage bei einem 31-jährigen, mutmaßlichen Einbrecher aus Bosnien, der vollziehbar ausreisepflichtig ist. Die Ermittlungen wegen gewerbsmäßigen Diebstahls sind laut Auskunft der Regierung bereits abgeschlossen. Trotzdem weiß sie nicht, wo sich der Kriminelle derzeit aufhält. Ende des Bosnienkrieges: 1995. Bei Kontrollen in der Dresdner Innenstadt am 18. und 19. Januar fielen auf: Inder, Tunesier, Venezolaner und Afghanen. Ihnen wird hauptsächlich Drogenhandel vorgeworfen. Mehrere dieser Personen sind ausreisepflichtig. Warum das CDU-Innenministerium dennoch nicht dafür sorgt, diese Personen außer Landes zu bringen, erschließt sich uns nicht.

Wir fordern deshalb: Alle 15.681 Ausreisepflichtigen müssen so schnell wie möglich abgeschoben werden. Genau dafür gibt es schließlich in Dresden eine Abschiebungshaftanstalt.

Quellen: Drs. 7/12305, 12306, 12309, 12312

VETO-RECHT GEGEN NEUE ASYLZENTREN EINFÜHREN!

Die Kommunen können nicht noch mehr Asylbewerber aufnehmen. Deshalb fordern wir einen sofortigen Aufnahmestopp in Sachsen. „Darüber hinaus sollten wir die Kommunen mit einem Veto-Recht ausstatten, das ihnen erlaubt, die verpflichtende Aufnahme neuer Asylbewerber abzulehnen, sobald eine Überlastung nachgewiesen werden kann und der soziale Frieden in der örtlichen Gemeinschaft bedroht ist“, schlägt der kommunalpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Roland Ulbrich, vor.

Das Grundgesetz sieht in Artikel 28 vor, dass die Gemeinden „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (...) in eigener Verantwortung“ regeln dürfen. „Das sollte aus meiner Sicht auch die Asylpolitik beinhalten“, so Ulbrich.

Deshalb ist das Sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz hochproblematisch. Es verpflichtet die Gemeinden zur bedingungslosen Aufnahme – Widerspruch ausgeschlossen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Mit einem Veto-Recht könnten die Kommunen sagen: Jetzt ist genug! Wir können nicht mehr!

Asylbewerber könnten dann nur noch in jenen Gemeinden aufgenommen werden, die keine strikte Obergrenze definieren. Unsere Empfehlung an die Kommunen ist jedoch, auf eine solche Obergrenze zu pochen.



Wir können und wollen regieren!

Es gibt eine spürbare Wechselstimmung in Deutschland, und in Sachsen ganz besonders. Im Gespräch mit Ihnen bemerke ich das jeden Tag: Viele von Ihnen haben den Altparteienfilz satt. Viele von Ihnen haben den Einheitsbrei der Medien satt. Sie lassen sich keine Denkverbote mehr erteilen und das ist auch gut so.

Trotzdem fehlt manchen leider der Glaube an eine positive Wende. Alles geht unaufhaltsam den Bach herunter, höre ich häufig. Ich kann diesen Pessimismus in Bezug auf den Niedergang unseres Landes verstehen. Und „Ja“: Unser Weg ist noch weit. Aber wir sind auch schon sehr weit gekommen, denn vor gerade einmal zehn Jahren waren wir noch Politikneulinge, die hofften, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.

Aus meiner Sicht haben wir drei Etappen zu meistern. Als erstes mussten wir die Schweigespirale durchbrechen. Nun gilt es auf der zweiten Etappe, die demokratiefeindliche Ausgrenzung der AfD durch „Brandmauern“ zu überwinden. Etappe drei wird es schließlich sein, erstmals in einem Bundesland zu regieren und dann tatsächlich das abzuliefern, was Sie von uns zu Recht erwarten.

Vor der Gründung der AfD konnten die Altparteien eine „alternativlose“ Politik betreiben. Damit ist inzwischen Schluss, weil wir gemeinsam mit Ihnen, liebe Bürger, nicht nur lautstarken Widerspruch artikulieren. Es gelingt uns auch immer häufiger, eigene neue politische Themen zu setzen.

Wer bis vor einiger Zeit die desaströse Migrationspolitik kritisierte, wurde schnell als Ausländerfeind diffamiert und hielt deshalb lieber den Mund. Das ist vorbei. Ich freue mich darüber, dass derzeit überall in Sachsen Bürgerinitiativen gegen die Neuansiedlung von illegalen Einwanderern mobilmachen. Danke für Ihren Mut!

Unerwarteten Gegenwind bekam die politisch-mediale Klasse auch in der Corona-Krise. Es ist Lauterbach, Köpping und Co. nicht gelungen, einen Impfzwang durchzudrücken, weil das Gegengewicht von zu Recht besorgten Bürgern und von einer starken parlamentarischen Opposition stärker war. Unser Freiheitswille hat am Ende gesiegt. Auch dafür danke an Sie!

Die grüne Energiewende-Politik galt ebenfalls lange als alternativlos. Bis heute setzt die Regierung einseitig auf Subventionen für die „Erneuerbaren Energien“. Doch dreht sich vielleicht auch hier der Wind? Unsere Fraktion hat die ökonomischen und ökologischen Vorteile der Kernkraft früh erkannt. Ein modernes Kernkraftwerk in Sachsen? In einem unserer Braunkohlereviere? Auch über so eine innovative Zukunftspolitik kann durch die AfD wieder gesprochen werden.

Weil viele unserer europäischen Nachbarn die Chancen der Kernenergie verstanden haben, steigt nun der Druck auf die deutsche Regierung. Bleiben wir also am Ball, weil wir die besseren Ideen für Sachsen und für Deutschland haben.

Obwohl längst ersichtlich ist, dass die Schweigespirale nicht mehr funktioniert, versuchten die Altparteien vor einem Jahr erneut, ihren üblichen Einheitsblock der Alternativlosigkeit aufzubauen. Nie wieder Energie aus Russland, riefen speziell die grünen Kriegstreiber. Und die CDU unterstützte: Liefert der Ukraine endlich schwere Waffen!

70 Prozent der Sachsen lehnen diesen Kriegskurs jedoch ab. Sie wünschen sich Diplomatie und Friedensverhandlungen. Einzig die AfD vertritt diese Position glaubwürdig in den Parlamenten. Und es ist uns gelungen, sie auch massenwirksam in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Zeit der verordneten Einheitsmeinungen ist somit endgültig abgelaufen.

Die nächste Etappe ist nun, für Frieden, Freiheit und Familie, sowie für Vernunft in der Asyl- und Energiepolitik politische Mehrheiten zu organisieren. Stehen wir hier auf verlorenem Posten, weil wir ausgegrenzt werden?

Die undemokratische Brandmauer zerbröckelt gerade von unten nach oben. In vielen sächsischen Gemeinden, Orten und selbst größeren Städten ergeben sich in den Kommunalparlamenten überraschende Bündnisse. Nicht nur aus den Reihen der CDU gibt es inzwischen „Abweichler“, die für AfD-Anträge stimmen. Das zeigt: Vernunft und gute Sacharbeit setzen sich am Ende durch.

In den Gemeinde- und Stadträten sitzen im Gegensatz zum Landtag und dem Bundestag finanziell unabhängige Bürger, denen ihre Heimat am Herzen liegt und die deshalb sachorientiert abstimmen.

Ich bin mir sicher: Der Druck dieser kommunalen Basis ist schon jetzt in Dresden und Berlin zu vernehmen und wird mittelfristig zum Einsturz der sogenannten „Brandmauern“ führen. Dann wird es auch möglich sein, den Mehrheitswillen auf Landesebene umzusetzen.

Und der ist in Sachsen eindeutig: Die Sachsen wünschen sich eine bürgerliche Politik und keine de facto linke Regierung, in der die Grünen mit ihren 8,6 Prozent das Sagen haben, weil die CDU alles mit sich machen lässt.


Diplomatie
statt
Waffen
AUS DER NATO

MP KRETSCHMER „braucht“ allein für sich ZEHN FOTOGRAFEN!



Mit einer Kleinen Anfrage (Drs. 7/12348) hat der AfD-Abgeordnete Dr. Rolf Weigand in Erfahrung gebracht, wie viele Fotografen für die einzelnen Ministerien und die Staatskanzlei tätig sind.

Das Ergebnis: Im Jahr 2022 beschäftigte allein die Staatskanzlei zur Vermarktung von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer zehn verschiedene Fotografen. Sie kosteten 44.650,87 Euro. Zum Vergleich: 2021 genügten vier Fotografen. Auffällig ist auch, dass im Wahljahr 2019 anscheinend besonders viel im Auftrag der Staatskanzlei fotografiert wurde.

Neben der Staatskanzlei sind im Umweltministerium erstaunlich viele Fotografen beschäftigt. 2022 waren es zehn. Ein Jahr zuvor kam der grüne Minister Wolfram Günther noch mit drei Fotografen aus. „Der ehemalige sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich kam mit drei Fotografen aus. Das sollte auch reichen für gelegentliche Porträtaufnahmen und Fotos von wichtigen Veranstaltungen“, kritisiert Dr. Rolf Weigand.



Kunstwerke vor Klima-Klebern schützen!

Die AfD-Fraktion beantragte „Historische Kunstwerke vor der politischen Vereinnahmung“ zu schützen (7/11486). Der Antrag wurde im Februar-Plenum behandelt. „Nach dem Angriff von Klima-Fundamentalisten auf die berühmte Sixtinische Madonna herrschte auf der Regierungsbank tiefes Schweigen“, erklärt der kulturpolitische Sprecher, Thomas Kirste, den Hintergrund der Initiative. „Schlimmer noch: Die Generaldirektorin der Kunstsammlungen zeigte sogar Verständnis für die Motive der Täter. Der Zweck heiligt aber niemals die Mittel. Denn dieses verantwortungslose Verhalten bereitet den Weg für Nachahmer.“

Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, der politischen Vereinnahmung sächsischer Kunstwerke eine klare Absage zu erteilen. Zusätzlich muss das Sicherheitskonzept der staatlichen Museen überarbeitet und die Mitarbeiter geschult werden. NRW hat es bereits erfolgreich vorgemacht. Aktuell gibt es z. B. immer noch keine umfassende Taschenkontrolle.

Lasst das Volk selbst entscheiden!

Der sächsische Landesverband des Vereins „Mehr Demokratie“ kritisiert gewaltige Defizite bei der Bürgerbeteiligung. Eine Auswertung des Vereins ergab: 2022 fanden nur sechs Bürgerbegehren statt, aber kein einziger Bürgerentscheid. Mehr als 40 Prozent der Bürgerbegehren seit 1993 scheiterten an formalen Lappalien. Das bedeutet: „Bürger engagieren sich, sammeln wochenlang Unterschriften und am Ende scheitert alles an formalen Gründen. Das sorgt nur für Frust.“ Es gibt zudem kein amtliches Beratungsangebot, um die direkte Demokratie auf Landesebene und in den Kommunen zu stärken.

„Die Regierung hat in den letzten Jahren zwar im grünen Justizministerium eine teure Demokratie-Abteilung eingerichtet. Auf die im Koalitionsvertrag versprochene Absenkung der Hürden für Volksentscheide warten die Bürger allerdings weiter vergebens“, kritisiert der AfD-Abgeordnete Alexander Wiesner.

„In den Kommunen wollen die Bürger darüber entscheiden, ob eine Moschee gebaut werden darf oder nicht. Und auf Landesebene ist es erforderlich, Windräder im Wald und das System der Rundfunk-Zwangsgebühren zur Abstimmung zu stellen.

Dazu brauchen wir eine Ermöglichungskultur für Bürgerbeteiligung und keine bürokratische Verhinderung. Man muss einen Volksentscheid ohne Jura-Studium initiieren können. Nur dann haben wir eine vitale Demokratie.“



WERBUNG FÜR TRANSSEXUALITÄT AN UNSEREN SCHULEN? SCHLUSS DAMIT!



Laut BILD-Zeitung werden in Nordrhein-Westfalen Schüler der 6. Klasse zu einer Geschlechtsumwandlung motiviert. Sie erhielten im Biologie-Unterricht Arbeitsblätter, die empfahlen, „sich so rasch wie möglich“ operieren zu lassen, wenn man sich im angeblich falschen Körper fühle. NRW-Bildungsministerin Dorothee Feller (CDU) sehe darin „kein Problem“, schreibt BILD. In Sachsen gibt es mit dem Projekt „Schule der Vielfalt“ bereits ähnliche Auswüchse. Das Projekt wird vom Freistaat Sachsen und dem NRW-Bildungsministerium gefördert. Auf einem frei zugänglichen Plakat werden Schüler dazu aufgerufen: „Sei doch anders!“ (und nicht nur „voll normal“).

Der Freistaat Sachsen gewährte der „Schule der Vielfalt“ in den Jahren 2021/22 eine Förderung über 290.896,82 Euro. Laut einer Kleinen Anfrage (Drs. 7/11379) erfolgte jedoch keine Prüfung auf „Lehrplankonformität“. Das Konzept des Projekts fordert von den Schulen unter anderem die „Etablierung einer Regenbogen-AG“, die wöchentlich stattfinden soll, um „Schulen zu queerfreundlicheren Orten“ zu machen.

Das Projekt „Schule der Vielfalt“ wurde 2009 in Nordrhein-Westfalen initiiert. „Dieses Projekt weitestgehend ungeprüft zu übernehmen und staatlich zu fördern, finde ich entsetzlich“, kritisiert der bildungspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Dr. Rolf Weigand. „Die eigene Sexualität muss Privatsache bleiben. Werbung für Geschlechtsumwandlungen hat an unseren Schulen nichts zu suchen – und zwar weder im Unterricht noch in einer Regenbogen-AG.“

Das Projekt „Schule der Vielfalt“ gibt ganz offen zu, dass es unsere Schüler zu Aktionstagen wie dem Christopher Street Day schleppen will. Das muss CDU-Kultusminister Christian Piwarz ebenfalls unterbinden. Statt Regenbogen-Ideologie brauchen wir einen politisch neutralen Unterricht. Um das sicherzustellen, hat Piwarz mehr als genug zu tun.



ALLE IMPFTOTEN UNTERSUCHEN!

Der Datenanalyst Tom Lausen und der Pathologe Dr. med. Michael Mörz haben bei einer öffentlichen Anhörung zu Corona-Impfnebenwirkungen im Sozialausschuss des Sächsischen Landtags am 16. Januar 2023 schwere Vorwürfe gegen SPD-Sozialministerin Petra Köpping erhoben.

Lausen sagte, Köpping habe es „frei erfunden“, dass Daten zu Impfkomplikationen ordnungsgemäß an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) gemeldet wurden. Fakt sei: Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen habe keine entsprechenden Daten an das PEI geliefert. Zudem habe Sachsen Obduktionen regelrecht verweigert. Lausen fordert daher die Einleitung juristischer Schritte gegen die Verantwortlichen und einen Corona-Untersuchungsausschuss.

Argumentative Unterstützung bekam er von Dr. Mörz. Alle mutmaßlichen Impftoten müssten gründlich obduziert werden, lautete seine Forderung an die Politik. In Sachsen werde dies verhindert, indem die Bezahlung der Obduktionen häufig auf die Angehörigen abgewälzt werde. Diese Regelungslücke müsse geschlossen werden. Darüber hinaus legte Mörz dar, dass bei jüngeren Geimpften oft auch Blinddarmentzündungen als unerkannte Nebenwirkung auftreten.

Zu den Erkenntnissen der von der AfD auf den Weg gebrachten Anhörung erklärt der gesundheitspolitische Sprecher, Frank Schaufel: „Nachdem in Sachsen die Impfschädenanträge um den Faktor 20 (von 10 auf 200) nach oben gegangen sind, hätte SPD-Sozialministerin Petra Köpping unverzüglich handeln müssen. Die Behörden haben sich allerdings nur bei einer Sache Mühe gegeben: Die Anträge auf Entschädigung mit fadenscheinigen Gründen schnell abzubügeln. Das finde ich skandalös.“

2021 waren 2,5 Millionen Patienten in Deutschland wegen Impfnebenwirkungen beim Arzt. Es könnten jedoch auch statt nur mehr gewesen sein, denn selbst die Bundesregierung warnte von Anfang an vor einer „Untererhebung“ der Fälle.

Sachsen zur Apotheke Europas machen!

Für zahlreiche Medikamente bestehen in den nächsten Monaten weiterhin große Lieferengpässe für sächsische Apotheken. Unsere Fraktion hatte schon länger gefordert, die Arzneimittelversorgung sicherzustellen. Nun beantragten wir, „Sachsen zur Apotheke Europas“ zu machen (7/12475).

„Unser Land leidet unter der gefährlichen Abhängigkeit von Staaten wie China und Indien, obwohl wir früher die Apotheke der Welt waren“, begründet Thomas Thumm den Antrag. „Das wollen wir ändern und sehen besonders für die sächsischen Strukturwandelgebiete Chancen, die Produktion von Arzneimitteln neu anzusiedeln.“



BUNDESWEHR:
FRIEDEN UND LANDESVERTEIDIGUNG ALS OBERSTES ZIEL!

Über die Bedeutung der Bundeswehr für den Freistaat Sachsen wurde am 15. März 2023 intensiv im Sächsischen Landtag gerungen. Carsten Hütter (AfD) warf der CDU vor, die Soldaten „verraten" zu haben. Die CDU habe von 2005 bis 2021 mit der „Abrissbirne" regiert.

André Wendt, AfD-Landtagsabgeordneter und Berufssoldat, ergänzte: „Wichtig ist nun, die aus dieser falschen Politik resultierenden Mängel schnell abzustellen. Material- und Personalknappheit müssen endlich der Vergangenheit angehören. Zudem ist es bizarr und unverantwortlich zugleich, dass wir einerseits Leopard 2-Panzer in die Ukraine schicken und anderseits ausgemusterte Kampfpanzer aus der Schweiz zurückkaufen wollen, um Materiallücken zu schließen."

Auf Sachsen bezogen, sehe er die Landesregierung „in der Pflicht". Sie müsse „auf allen Ebenen darauf dringen, dass kräftig in unsere Bundeswehr-Standorte und insbesondere den Truppenübungsplatz Oberlausitz investiert wird. Die AfD hat dazu bereits vor Jahren konkrete Vorschläge erarbeitet: Wir wünschen uns in der Oberlausitz unter anderem ein Kraftfahrausbildungszentrum."

Ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die bessere Ausrüstung der Bundeswehr und notwendige Investitionen dürfte sich aber nur erzielen lassen, wenn wir Frieden unmissverständlich als oberstes Ziel unserer Außen- und Verteidigungspolitik definieren.

Sich in fremde Konflikte einzumischen, wird dabei nicht hilfreich sein. Vielmehr müssen wir uns zukünftig wieder vordergründig auf die Landesverteidigung konzentrieren und nicht zur Weltpolizei mutieren.



MIESE ABZOCKE
bei Privatverkäufen auf eBay und Co.

Schnell einen Pullover auf eBay verkaufen? Den Keller entrümpeln und Überflüssiges veräußern? Oder Nachbarschaftshilfe bei Facebook anbieten? Vorsicht: Seit Januar geraten Sie damit in den Fokus der Steuerfahndung. Plattformbetreiber sind seitdem verpflichtet, ihre Verkäufe beim Finanzamt zu melden. Der sächsische CDU-Finanzminister Hartmut Vorjohann droht bereits mit Betriebsprüfungen.

Offiziell dürfen Sie jetzt nur noch maximal 600 Euro Gewinn mit ihrem alten Fahrrad steuerfrei erwirtschaften. Dass multinationale Konzerne in Deutschland teilweise so gut wie keine Steuern zahlen, scheint weniger wichtig zu sein. Lieber presst die Regierung noch den letzten Euro aus den einfachen Bürgern.

„Das neue Gesetz ist mehr als problematisch", kritisiert der finanzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, André Barth. „Ich halte es für Abzocke, wenn in Zeiten von Inflation und Rekord-Steuereinnahmen die Bürger noch einmal zusätzlich abkassiert werden. Zudem ist das Gesetz handwerklich schlecht gemacht und intransparent."

187.245,02 Euro für „Staatsbürgerkunde" in Unternehmen

Der Verein „Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen" erhielt in den letzten Jahren hunderttausende Euro an Steuergeld, um in Unternehmen ideologische Belehrungen der Angestellten durchführen zu können, die an die ehemalige DDR-Staatsbürgerkunde erinnern. Das ergab eine Kleine Anfrage (Drs. 7/12039) der AfD-Abgeordneten Martina Jost.

2022 verursachten ein paar Workshops und PR-Aktionen für „Diversity" und zur „Sensibilisierung gegenüber Extremismus" Kosten in Höhe von 187.245,02 Euro für den Steuerzahler.

„Die Vorstellung, dass Erwachsene am Arbeitsplatz eine Art Staatsbürgerkunde-Unterricht erhalten, damit sie ja nicht auf falsche, eigene Gedanken kommen, ist unerhört", kritisiert Jost.

AFD-FRAKTION BESUCHT FPÖ-KOLLEGEN IN GRAZ



Am 30. November 2022 reiste eine Delegation der sächsischen AfD-Fraktion nach Graz. Sie bestand aus dem Fraktionsvorsitzenden Jörg Urban, dem parlamentarischen Geschäftsführer Jan Zwerg sowie Martina Jost und Alexander Wiesner. In den Abendstunden angekommen, wurde umgehend Quartier bezogen. Zur Stärkung ging es in eine Gastwirtschaft mit landestypischer Küche, in der wir unser Programm für den nächsten Arbeitstag kurz besprachen.

Das Treffen mit der Steiermärkischen FPÖ sollte dem Kennenlernen und dem fachlichen Austausch auf Landesebene dienen. Unser Grundgedanke war, ausführlich darüber zu sprechen, welche Erfahrungen die FPÖ-Vertreter aus der Steiermark in den letzten Jahrzehnten gemacht haben und welche Wege beschritten wurden, um aus der medialen Verdrängung näher und präsenter in den Fokus der Bürger zu gelangen.

Die Schweigespirale der öffentlich-rechtlichen Medien bekam die FPÖ schon vor mehr als 30 Jahren zu spüren. Die gewählten Gegenstrategien mündeten schließlich in Regierungsbeteiligungen auf Landes- und Bundesebene. Die Schritte in Richtung Professionalisierung auf fachlicher und persönlicher Ebene waren ein Schlüssel zum Erfolg.

Am Donnerstag, den ersten Dezember, wurden wir früh um neun Uhr vom FPÖ-Klubobmann (Fraktionsvorsitzender) Mario Kunasek im Landtag zum Delegationsgespräch herzlich empfangen. Auf der österreichischen Seite nahmen zudem Stefan Hermann (MdL), Marco Triller und Jürgen Angerer, stellvertretender Klubdirektor, teil. Nach beiderseitigen Vorstellen und dem Überreichen der Gastgeschenke startete in den Fraktionsräumen die erste sehr intensive Gesprächsrunde. Recht schnell ging es ums Eingemachte. Die Medienthematik prägte die Gespräche sehr stark. Hauptthemen waren das Ausbrechen aus der Medienflaute, die Vergrößerung der eigenen Reichweite in sozialen Netzwerken und die effektive Kommunikation mit den Bürgern.

Nach einem länderübergreifenden Abgleich wurden uns die Arbeitsabläufe vor Ort nähergebracht. Veranschaulichen konnten wir uns den Materialeinsatz, die Nutzung von verschiedenen Instanzen und die Wahl der Zusammenarbeit in der konzeptionellen Umsetzung von unterschiedlichen Projekten.

Nach der aufschlussreichen Führung durch den Landtag begaben wir uns, auf Empfehlung unserer Gastgeber, zum Landeszeughaus. Dies wurde in den Jahren 1642 bis 1647 erbaut und diente über Jahrhunderte als das zentrale Waffendepot der Steiermark. Die meisten Ausstellungsstücke, Musketen, Pistolen, Säbel, Harnische usw. sind aus dem 17. Jahrhundert. Sie dienten dem steiermärkischen Landesaufgebot als Depot und waren zur Abwehr der Angriffe des Osmanischen Reiches angeschafft worden. Das Landeszeughaus ist die größte Rüstkammer der Welt, weitgehend im Originalzustand, und beherbergt rund 32.000 Exponate.

Zum gemeinsamen Abendessen traf man in einem urigen Lokal wieder zusammen. Bei landestypischen Speisen vertieften sich die Anwesenden, darunter nun auch einige Referenten der Landtagsfraktion, wieder in Gespräche zum Erfahrungsaustausch.

Hauptthemen waren u.a. die parlamentarische Arbeit und die Asylkrise. Aufgrund der enormen Wirtschaftsmigration flammt die Asylkrise in Europa erneut auf, worauf das Thema der Grenzsicherung an Fahrt aufnahm. Hier zeigte sich, dass das österreichische Bundesheer, gerade als Wehrpflichtarmee, bei der Sicherung der Staatsgrenzen in den Jahren 2015 und später eine positive Rolle spielte. Das Bundesheer genießt im Volk ein sehr hohes Ansehen. Öffentliche Vereidigungen auf Marktplätzen verlaufen ohne Störungen und unter hoher Beteiligung der Einheimischen.







Impressum

Herausgeber:	AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden
E/Mail:	presse@afd-fraktion-sachsen.de info@afd-fraktion-sachsen.de
Redaktion: V.i.S.d.P.:	Felix Menzel Bernd Lommel
Druck: **Auflagenhöhe:** **Ausgabe:**	Druckhaus Scholz GmbH 230.250 Stk. Nr. 36 / April 2023
Fotonachweise:	*Titelseite (1. Reihe, l.) und S.2 (u.l., u.r.): www.pixabay.com; Titelseite (1. Reihe, mitte), S.3: [Coloures-Pic]/stock.adobe.com; S.6 o.: [mikelaptev]/stock.adobe.com; S.6 u.: [Lensplayers]/stock.adobe.com; S.11 u.: [christian vinces]/stock.adobe.com*

Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.




AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de


AfD-Fraktion bei facebook:
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen


AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT


AfD-Fraktion bei youtube:
http://bit.ly/1L9Tblf

Hinweis

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden!

KERNKRAFT-PLÄNE VON MP KRETSCHMER SIND BEWUSSTE IRREFÜHRUNG DER BÜRGER!

Im Januar hatte CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer die Pläne Polens für den Neubau eines Kernkraftwerkes gelobt. Währenddessen sprach sich das Umweltministerium jedoch in einer offiziellen Stellungnahme des Freistaates Sachsen dagegen aus. Polen reagierte auf diesen diplomatischen Affront verärgert.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban erkundigte sich deshalb mit einer Kleinen Anfrage (Drs. 7/12181) bei der Staatsregierung, wie es zu dieser Dissonanz kam. Die Antwort: „Eine inhaltliche Abstimmung (...) im Kabinett ist nicht erfolgt. (...) Eine gemeinsame politische Positionierung der Staatsregierung liegt bisher nicht vor." Daher konnte der grüne Umweltminister Wolfram Günther gegenüber Polen seine Ablehnung der Kernkraft bekräftigen. Jan Zwerg sieht in diesem Doppelspiel eine Irreführung der sächsischen Bürger. Es bleibt somit dabei: Die CDU lässt sich von den Grünen die Agenda diktieren. Zwerg wünscht sich indes ein klares Bekenntnis von der CDU. Denn: „Wir brauchen die Kernkraft für die nächsten 100 Jahre. Alle noch verfügbaren Kernkraftwerke können und müssen uns mit preiswertem Strom versorgen. Zudem müssen wir selbstverständlich auch neue moderne und umweltschonende Kernkraftwerke in Sachsen bauen."

GASPREISE SENKEN

NORD STREAM 1 UND 2 REPARIEREN



Aktuell verdoppeln Gasversorger die Preise für die letzten Kunden mit günstigen Altverträgen. Gegen diese fortwährende Kostenexplosion brachte die AfD-Fraktion einen Antrag ein (7/12479): Alle verfügbaren Pipelines nach Russland sollen für den Gasimport genutzt und die gesprengten Leitungen Nord Stream 1 und 2 repariert werden.

„Das teure amerikanische Fracking-Gas ist keine Alternative zum preiswerten russischen Pipeline-Gas", meint Jan Zwerg, der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion. „Ohne bezahlbares Gas stehen wir vor massiven sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Teure Energie befeuert die Geldentwertung und bringt viele Bürger in existenzielle Nöte. Zusätzlich vertreibt sie die sächsische und deutsche Industrie ins Ausland. Das kostet uns Arbeitsplätze und Wohlstand."

Die AfD-Fraktion forderte daher die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für die Reparatur der sabotierten Gasleitungen einzusetzen. Da sich CDU-Ministerpräsident Kretschmer für das gleiche Ziel ausgesprochen hatte, wäre im Landtag eine Mehrheit für eine entsprechende Bundesratsinitiative in Griffweite gewesen.

Doch leider gab es keine positive Überraschung: Die CDU lehnte unseren Antrag ab und sorgt so für neuen Angstschweiß vor der nächsten Heizkostenabrechnung.